

Rat für Migration richtet Forderungen an künftige Koalition

„Gesetz über Zuwanderung nötig“

Experten weisen auf ökonomischen Gewinn durch Zuzug hin

csp Bonn (Eigener Bericht) – Der Rat für Migration fordert eine kritische Überprüfung der bisherigen Einwanderungs- und Ausländerpolitik. Als Vertreter des wissenschaftlichen Gremiums haben Dieter Oberndörfer, Politikwissenschaftler aus Freiburg, und Bert Rürup, Volkswirt an der Technischen Universität in Darmstadt, in Bonn Empfehlungen des Rates an die neue Bundesregierung vorgestellt. Um die Alterung der Bevölkerung in Deutschland wenigstens etwas abzumildern, müsse es endlich ein Gesetz zur Steuerung der Zuwanderung geben, forderte Rürup.

Die Wissenschaftler wiesen darauf hin, daß die Zuwanderung bisher gesamtwirtschaftlich und auch für die Sozialkassen ein ökonomischer Gewinn gewesen sei. Bis Ende der achtziger Jahre habe der Zuzug von Ausländern oder Ausiedlern nicht dazu geführt, daß deutsche Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt verdrängt worden seien. Im Gegenteil, durch die Übernahme von Jobs, für die nur eine geringe Qualifikation notwendig ist, erleichterten Ausländer deutschen Arbeitnehmern den beruflichen Aufstieg. Rürup und Oberndörfer kritisierten die alte Bundesregierung, die durch ihre „konzeptionslose Ausländerpolitik“ mit dazu beigetragen habe, daß in den vergangenen Jahren eine zunehmende Desintegration stattgefunden habe. Vor allem ausländische Jugendliche würden sich immer häufiger in Ghettos

zurückziehen. „Ausländern wird hier ständig demonstriert, daß sie Menschen zweiter Klasse sind oder zumindest nicht willkommen“, sagte Oberndörfer. Es sei höchste Zeit, daß es wie in anderen Staaten in Deutschland eine „liberale Willkommenspolitik“ gibt.

In einem zehneitigen Papier, das die Wissenschaftler gerne in den Koalitionsverhandlungen berücksichtigt sähen, wird unter anderem eine Reform des Rechts zur Staatsangehörigkeit und Einbürgerung gefordert. Einen deutschen Paß soll demnach unter bestimmten Voraussetzungen (Kenntnis der deutschen Sprache und Verfassungsordnung) jeder bekommen, der fünf bis acht Jahre in Deutschland gelebt hat. Kinder sollen die Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, wenn mindestens ein Elternteil hier seinen Lebensschwerpunkt hat. Cem Özdemir, migrationspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, riet in diesem Zusammenhang dringend davon ab, die Eltern eines Kindes über diese Frage entscheiden zu lassen, wie es die Sozialdemokraten wollten.

Für die Zuwanderung schlagen die Wissenschaftler vor, diese entsprechend nationaler Interessen und den Verhältnissen am Arbeitsmarkt zu steuern. Außerdem empfehlen sie zur Humanisierung der Flüchtlings- und Asylpraxis die Einrichtung einer Kommission, die über individuelle Härtefälle entscheidet